

Saale-Beitung.

Dezundvierzigster Jahrgang

werden die Spalten... Anzeigen-Geldsätze...

Bezugspreis für Halle... Anzeigen-Geldsätze...

Nr. 550.

Halle a. S., Mittwoch, den 24. November.

1909.

Wähler!

Der Wahlakt am 26. November dauert von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr. Wir bitten unsere Parteifreunde, wenn möglich, in den Vormittagsstunden zu wählen!

An die Wähler.

„Zu gemeinsamer Arbeit für Freiheit und Kultur“ hatten die drei liberalen Parteien des Deutschen Reiches ihre Wähler in einer stammenden Kundgebung am 15. Dezember 1906 aufgefordert.

Und abermals ergeht heute an jeden vaterländisch gesinnten Mann der Mahnruf zum Kampfe für Monarchie, Freiheit und Kultur, zum Kampfe für das nach schwerer Opferung geeinte deutsche Vaterland gegen den inneren Feind!

Wohl wissen wir, daß der wirtschaftliche Druck, daß die Folgen einer jahrelangen Finanznot schwer auf den Wähler des deutschen Volkes lasten, wohl wissen wir, daß viel Kampfesfreudigkeit dazu gehört, auf die Schanzen zu treten.

„Hoch das Vaterland!“ An die Wahlurne mit dem Stimmzettel für den bürgerlichen Kandidaten

Georg Reimann!

Zeitgemässe Erinnerungen zur Reichstagsersatzwahl.

Halle, 24. Nov.

Die Sozialdemokratie vertritt ihre Anhänger auf eine bessere Zukunft, ihr ist an praktischer Gegenwartigkeit wenig gelegen. Haben wir erst einmal die Macht, predigen die sozialdemokratischen Führer, dann wird es endlich besser werden, alle Schäden beseitigen wir mit einem Schlag und leicht verwinden alle Nöte und Sorgen, jomohl materielle als geistige.

Kein Wanderndes Mensch wird die Zukunftphantastereien der Sozialdemokratie für bare Münze nehmen. Es mutet heute geradezu lächerlich an, was Bebel 1891 auf dem halleschen Parteitag der Sozialdemokratie im „Bellevue-Saal“ in stammender Begeisterung ausführte:

An die Wahlurne

Und zur Betätigung fuhr er fort: „Nehmt euch in Acht, es geht euch eines Tages wie den törichtesten Jungfrauen in der Bibel; wenn der Bräutigam kommt, dann haben sie kein Öl auf der Lampe.“

Die geheimnisvolle Uebertragung ist nicht gekommen, vergebens hat man auf sie gewartet. 1898 sollte sie, wie Bebel ausführte, bestimmt und endgültig eintreten.

Wann endlich werden die Arbeiter und Mitläufer der Sozialdemokratie das erkennen?

Der Anschlag auf die österreichischen Generalstabs-Offiziere.

(Von unserm Wiener Korrespondenten.) Wien, 23. Novbr. 1909.

Von hochstehender militärischer Seite wird geäußert:

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

Die Ausrufe, daß es sich um eine Tat des Auslandes handelt, ist noch lächerlicher, denn in diesem Falle hätte der Attentäter seine Opfer mit einer großen Stümperhaftigkeit ausgeführt. Am bedauerlichsten bei der ganzen Sache ist aber der Umstand, daß der Arzt, der die Obduktion der Leiche des Generalstabsoffiziers ausführte, trotz der großen Menge genossenen Opaktants den Vergiftungstod nicht konstatieren konnte, sondern Herzschlag annahm.

Neue wichtige Spuren.

Wien, 24. Nov. Bei den Nachforschungen nach dem Abfender der Giftbriefe wurde die Polizei gestern auf neue wichtige Spuren geführt. Ein Apothekerhelfer in Baden teilte mit, daß in der ersten Hälfte des November ein Mann in der Apotheke erschienen sei und sich nach der Herstellung von Oblaten als Pulver erkundigte.

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

Deutsches Reich.

Die Monopolisierung des Arbeitsnachweises.

L. C. Der Bergwerkverband hat einen Beschluß von außerordentlichem Arbeitsnachweis: vom 1. Januar 1910 an soll ein einheitlicher Arbeitsnachweis für sämtliche Bergarbeiter durch den Verband selbst eingeführt werden. Kein Arbeiter soll künftig angenommen werden, der sich nicht bei diesem Arbeitsnachweis meldet.

„Die rätselhafte Pulverfundung am österreichischen Generalstabsoffiziere scheint kaum eine Aufklärung finden zu sollen und bis zur Stunde hat man noch nicht den geringsten Anhalt dafür, wo der Täter zu suchen ist.“

am 26. November mit dem Stimmzettel des bürgerlichen Kandidaten Reimann!

lediglich gut arbeiten, sondern auch politisch unparteiisch vorzugehen und dadurch das Beste zu einer sozialen Ausgleichung harter Gegensätze beitragen. Für diesen gesamten Zusammenhang sind die schließlichen Arbeitsverhältnisse von Seiten des Arbeitgebers eine wichtige Bedingung. Wenn wir überhaupt hier nach dem Recht auf Monopolfragen fragen, dann müssen wir, die wir grundsätzlich auf Seite des Staates stehen, ganz unmissverständlich sagen: Wenn Monopol, dann kein Privatmonopol, sondern Staatsmonopol.

Traub scheidet mit einem Hinweis auf die Gewerbeordnung. Diese sei aufgebaut auf dem Grundgedanken der Freiheit und der vollen persönlichen Freiheit des Einzelnen in allen Dingen, die nichts mit dem Arbeitsvertrag zu tun haben. Diese Güter hat der Staat zu schützen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu seiner Erleichterung des gesamten nationalen Fortschritts führen dürfen, sobald es sich um Rechtsfragen und nicht um Machtfragen handelt. Möge die Rechtsfrage nicht zu einer Machtfrage sich auswachen, indem die Macht des Staates als eines sozialen Erziehers zur rechten Zeit und mit glücklichem Erfolg sich geltend mache! Denn schließlich steht hier nichts anderes auf dem Spiele als die Vormacht des Staates im nationalen Interesse.

Die Berichtserstattung für die Monarchen.

In einer Aufschrift des „Berliner Tagebl.“ die offenbar mit eingeweihter Seite stammt, wird auf eine veraltete Institution — das sind die „Berichtserstattungen“, die am Ende jedes Berichtsjahres von dem Regierungspräsidenten dem Könige unmittelbar erstattet werden — hingewiesen. Was die Institution der Berichtserstattung betrifft, habe ich heute nicht zu sagen. Da wird über Witterung, Ernteaussichten, Gesundheitsverhältnisse, Unglücksfälle, Wahlen und Stimmung der Bevölkerung berichtet, über alles gesprochen, was man in der Tagespresse ausführlicher und einflussreicher gelesen hat. Der König möchte sich um die Ereignisse in seinen Provinzen nicht kümmern, möchte mehr Kontrolle der Reformminister haben, noch die Tagespresse verfolgt haben, wenn er etwas Neues in diesen Berichten zu finden inländische wäre. Das zeigt eine kleine Auswahl von Tatsachen, die neben wichtigen Dingen Aufnahme finden:

- „In A. wurde ein Mann beim Heimgang von Juda vom Stütz erschlagen.“
- „Die Anzahl der gegen die Einkommensteueranleihe eingeleiteten Verurteilungen war recht beträchtlich.“
- „Zwei Personen erkrankten an Milzbrand.“
- „Bei einem aus Ungarn eingeführten Südnesttransport wurde Geflügelcholera festgestellt.“
- „Mehrere Betriebsunfälle im Bergbau verliefen tödlich.“
- „Für die Stadtverordnetenversammlung in B. ist eine neue Geschäftsordnung erlassen.“
- „Die Erneuerung des Fußbodens in der Kreuzkapelle ist mit Baukapitalien erfolgt.“
- „In D. ist ein Schulneubau errichtet.“
- „Der Abfall in Steiermark ist im Vergleich zum Vorjahr nur wenig geblieben.“
- „Große Begeisterung herrschte unter der Bevölkerung, als das Juppelische Luftschiff die hiesige Gegend überflog.“
- „Der niedrigste Bestand des Jahres am R-Russe war 1,2, der höchste 2,1 Meter.“
- „Der K. ist wegen Gattlichkeitsverbrechens zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt.“
- „Die von den Truppenteilen entlassenen Reservisten sind in der Heimat eingetroffen.“

Die Solche Kleinigkeiten nimmt man in einem Bericht an den Monarchen einer Großmacht auf! Und zur Inspektion dieser Berichtserstattung werden viermal im Jahre zahllose Bürgermeister, über 400 Landräte und 36 Regierungspräsidenten mit ihren Departementen, Bureau und Kanzleien in Bewegung gesetzt!

Die hier oben angeführte Berichtserstattung besteht seit dem Jahre 1743, durch Erlass vom Jahre 1867 wurde die vierteljährliche Berichtserstattung angeordnet. Man sollte es kaum für möglich halten! meint das „B.“

Leute, die hinter die Kulissen geschaut haben, wissen — und das ist das Befremdliche bei der ganzen Sache —, daß diese mit Hilfe von 400 Literatären zustande gekommenen Berichte nur zum geringsten Teile gelesen werden. Wir entinnen uns wenigstens, gehört zu haben, allerdings nicht in Preußen, wohl aber in einem Bundesstaate, der einst durch dynastische Beziehungen eng mit Berlin verknüpft gewesen, daß zahllose Säde mit Zeitungsausschnitten, die dem betreffenden Monarchen sogar ins Wandersäckel nachgeschickt werden mußten, nach Schluß der Wandersacke wieder ungenutzt in die Kisten zurückzubringen! Dem Monarchen konnte man es wirklich nicht verdenken, wenn er das für ihn eigens präparierte Reisekoffer-Gesetz, das dem in Preußen publizierten ebenfalls war, nicht lesen wollte. — Die Letztüre des „Reichsboten“ ist immerhin interessanter.

Der neue Chef der Reichskanzlei.

Der bisherige Geheime Oberregierungsrat und Vortragende Rat in der Reichskanzlei Arnold Wahn schaffte ist, laut amtlicher Meldung, zum Unterstaatssekretär der Reichskanzlei ernannt worden. (Die Geschäfte dieses Postens führte er bereits seit dem Juli, seit der Ernennung des Herrn v. Loebell zum Oberpräsidenten von Brandenburg.) — In politischer Hinsicht gehört Herr Wahn schaffte der konservativen Partei an, zu der er sich noch im Laufe dieses Sommers ausdrücklich öffentlich erklärt hat.

Ausland.

Der maßgebende Wille.

Aus Paris wird gemeldet: Der „Matin“ veröffentlicht ein Interview seines Londoner Korrespondenten mit einem bekannten Liberalen. Dieser erklärte, er glaube, daß Kautsky unermesslich seien. Es sei zwar nicht zweifelhaft, daß die Liberalen eine Anzahl Güter, darunter in London, einbüßen werden, daß aber das endgültige Resultat für die Liberalen günstig bleiben werde. Seiner Meinung nach werde in der nächsten Woche die Kammer die Erklärung erneuern, daß der Wille des Volkes maßgebend ist. Nach den Wahlen wird der Vorstoß Bannemanns geprüft werden, der dahingehend, das parlamentarische System der Vorherrschaft des Volkswillens

überall anzuwenden und daß ein Gelehenwurf, der vom Unterhause angenommen wurde, trotz Opposition des Oberhauses Gesetzeskraft erlangt, unter der Bedingung, daß er wiederholt dem Oberhause unterbreitet wird und ein gewisser Zeitraum verstrichen ist. Sollte dieser Antrag nicht eingebracht werden, die liberale Regierung sich weigern, die Regierungsgewalt zu übernehmen.

Die russischen Intendantur-Skandale.

Von unserm Petersburger Korrespondenten wird uns geschrieben:

Senator Garin, der von der russischen Regierung zur Aufdeckung etwaiger Unterschlagungen in den Militärverwaltungen ernannt wurde, wird demnächst seine Rundreise beendet haben, um dann nach Sichtung des Materials die verschiedenen Anlagen zu erheben. Wenn auch über Einzelheiten der Garin'schen Reise nach Möglichkeit Erwähnung gemacht wird, so dürfen doch schon verschiedene Entdeckungen durch die geradezu haarsträubende Zustände bei den Verwaltungen zutage gebräut haben. Man schätzt keinesfalls zu hoch, wenn man annimmt, daß nach dem letzten Bericht gegen 350 russische Staatsbeamte die Anklage wegen Unterschlagung, Diebstahl und Begehung erheblicher Verbrechen. Hierbei finden wir auch einige hohe Generale, viele hohe Beamte und ein großes Heer Offizierenteam, die speziell für die Regierung zu liefern hatten.

Die traurigsten Resultate zeigten die Untersuchungen in Kiew, Moskau und Warschau. In diesen drei Hauptverwaltungen schätzte sich hauptsächlich in den Rückbürgungs- und Ausstattungsstellen für den hier unglücklichen Zustand. Um die Beamten zu berücksichtigen, wurden in diesen Orten fast jährlich ein „Inventur-Ausverkauf“ veranstaltet, bei dem am lieblich bestellte ordentliche Munition, Stiefel, Pferdebedecken usw. für einen Spottpreis veräußert wurden. Um die Kamern wieder neu zu füllen, wurden dann neue Sachen bestellt, von denen es erwieben ist, daß ein großer Teil nichts anderes war, als die früher veräußerten Ausstattungsgegenstände. Durch Gehäbnisse ist erwieben worden, daß dieser „Veräußerungsprozess“ bei den Beamten und Lieferanten eine Unmenge Geld verdientes, bisweilen 4 bis 5 Mal dazugewonnen wurde. Di kam es auch vor, daß „gefälschte“ Waren überhaupt nicht vorhanden waren.

Wie es möglich ist, daß zwei Intendanturen dieselben Stiefel als ihr Eigentum besaßen konnten, darüber erzählt Garin im Kreuzzug folgendes: Wurde eine Intendantur genau, welche Stiefel Garin zunächst beschaffen würde, so sandte sie alles Entbehrende in Waggonen nach dort. So hatten sich die Intendanturen gegenseitlich und Garin schließlich ein, daß er auf der Eisenbahn eigentlich nur schon beständigem Material nachstellte.

Kleine Tagesnachrichten.

Schöperstrater. Gegen mehrere Bauernburden aus dem Ledro-Tale in Tirol wurde ein Höpvertragsprozess angehängt. Die Burden saßen vor der italienischen Finanzwachtstern österreichische Krieger.

In der slavischen Union haben die Oppositionsparteien über die gemäßigten gestimmt, die für die Gewährung des Budgetprovisoriums sind. Die Disziplin-Kommissionen beschließen, Dringlichkeitsanträge einzubringen und in der heutigen Sitzung mit Diskussion zu beginnen. Nach einigen mit Dringlichkeitsanträgen ausgefüllten Sitzungen wird das Haus dann das Vororium. Das Ministerium bringt heute ein schonmaliges Provisorium einschließlich Antschloßbewilligung ein.

Kompensationen in Finnland. Die russische Regierung bildet, wie gemeldet wird, in aller Eile Extraregionen auf Eisenbahnbeamten aller Spezialitäten der verschiedenen Eisenbahnlinien aus, das, falls Kompensationen mit Finnland entfallen sollten, sofort in Funktion tritt. Bei einem eventuellen Eisenbahnerstreik wird das Personal zur Verfügung des Kommandanten des Petersburger Militärbezirks gestellt werden.

Veränderungen in der griechischen Diplomatie. Trophim die Wichtige Mitteilung zwischen der Regierung und der Militärbehörde überstanden ist, ist immerhin insolge einiger Geheißvorschriften noch genug Zündstoff vorhanden. Uebst sechs Gesandtenposten sollen bereits neue Entschickungen gemacht worden sein. Der Botschafter in Berlin Rangale, soll durch den Unterstaatssekretär von Streil, Sohn des Gouverneurs der griechischen Nationalbank und deutscher Konsul, ersetzt werden. Genau d'is soll nach London gehen.

Gerichtsverhandlungen.

Die Kieler Werftaffäre vor dem Schwurgericht.

(Nachtr. verb.) S. & H. Kiel, 22. Nov. 1909.

In den fortgesetzten Verhandlungen bezeichnet der Angeklagte Frankenthal die Feststellungen des Beamten Wamowski über den Unterschied zwischen Bahngewicht und Werftgewicht als absolut wertlos. Erster Staatsanwalt Grefleritz protestiert dagegen, daß der Angeklagte Frankenthal hier eine Art Wadepoker halte, der Vorhänge gestattet dem Angeklagten aber das Wort zu diesen allgemeinen Ausführungen weiter. Der Angeklagte Frankenthal behauptet weiter, daß die Werft, nach dem etwas gewogen sei, sich überhaupt nicht mehr darum bekümmere. Die auswärtigen Betriebe erkennen weder das Bahngewicht an, noch das Gewicht des Verkäufers, sondern nur das Bahngewicht. Sachverständiger Gerichtspräsident Gielede äußert sich dahin, daß die Frankenthal'schen Bücher an sich zwar sauber geführt seien, es wären aber nicht alle Werftgeschäfte eingetragen. Als der Untersuchungsrichter Grühmader und Kriminalkommissar Wamowski sich über die Art ihrer Ermittlungen äußern, äußert Justizrat Wallach Einpruch. Er geht nicht an, daß der Kommissar hier einseitig sage: Ich habe festgestellt. Vorhänge: Ich muß, um klar zu sehen, die Herren befragen. G. R. Wallach: Eine Befragung durch den Präsidenten ist inimmittelbar vorziehen von der Art, wie Kommissar Wamowski das tut. Vor: Sie waren ein Künstler im Wischen und es macht Ihnen selbst Freude, daß Ihnen das gelungen ist. Immerhin ist es aber doch groß, auf 51 000 Kilo soviel zugumessen von dem Schrott und Dreck, daß es 51 000 Kilo werden. Angekl.

Frankenthal: Wenn ich das so gemacht hätte, dann hätte ich keinen Anspruch auf den Titel!

„Künstler im Wischen“.

Die Leistungen waren schon gemischt. Die müssen so gemischt werden, daß sie überhaupt nicht mehr zu erkennen sind. Staatsanwalt Kiehl: Der Angeklagte hätte sich das als Betrugsgewinnig gemacht. Angekl. Frankenthal (erregt): Da ist kein Betrug, ich mische meine Qualitäten, wie ich will, niemand hat das Recht, mir Vorschriften darüber zu machen. Angekl. Siegfried Jacobsohn: Dann müßte man alle Händler aus Rheinland und Westfalen einsperren, es gibt keinen Wädhändler, der nicht mischt. Angekl. Frankenthal: Ich werfe gute Ware auf den Dreck als Spiegel. Das eben ist falsch. Ich habe jedes Jahr 200 Tons deutsches Eisen nach Schweden verladen. Das wird, um Schweden wieder verkauft als schwedisches Stabeisen. Das ist aus meinem Eisen gemacht, ich laufe es vielleicht selbst wieder.

Die weiteren Verhandlungen wurden sodann auf Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

S. & H. Kiel, 23. Nov. 1909.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung empfiehlt der Vorsitzende, einen Beamten vom Walgerter Krensburg als Sachverständiger über den Altkalender zu vernehmen. — Der Angeklagte Frankenthal äußert sich über die Sache. Das Werk habe kein Geschäft, das man ihm schon attorbiert, dabei habe er es schlechter behandelt, als andere Werke. — Es folgt dann die Fortsetzung der Erörterung über

die Submission.

Der Vorsitzende erklärt es für unmöglich, alles durchzupropfen. Es handele sich um eine kolossale Menge Zahlen, und man könne nicht schließlich bis zum Februar gehen. Es empfehle sich zunächst einmal zu verhandeln, ob man nicht mit Stichproben auskommen könnte. Der Staatsanwalt und Verteidiger erklären sich zunächst damit einverstanden, daß der Angeklagte Frankenthal 1/2 Bsp. behauptet, es sei vorgekommen, daß das Bahngewicht der Waggonen um 2000 Kilo niedriger war, als das Werftgewicht. — Der Vorsitzende gibt dies als möglich an. — Es wird dann die Submission vom 25. Februar 1903 behandelt. Es sollen dabei 30 150 Kilo Nickelstahl bezogen, aber erheblich mehr verkauft worden sein. — Der Angeklagte Frankenthal behauptet das. Er habe Leistungen zugelegt und im ganzen 200 Kilo Mehrgewicht auf der Werft zugegeben. — Verteidiger K. A. Spiegel fragt den Zeugen Wamowski, ob seine Feststellungen darauf beruhen, daß auf der Werft nichts zugegeben werden kann. Der Zeuge Wamowski bejaht diese Frage. — Verteidiger F. R. Wallach: Dann fällt die ganze Debatte des Zeugen ins Wasser. Die Werftführer Düwe und Thommen bekunden, daß nach den Wädhungen viel mehr Nickelstahl vorhanden waren als verkauft wurden. Intendantur-Abscherer Fröhlich: Es ist möglich, daß noch Späne von anderen Schiffen dazu kamen. — Der Angeklagte Kiehl erklärt, daß er von dieser Sache nichts wisse. — Ein Geschworener: Wir haben fortwährend gehört, daß auf der Werft nur weniger zugegeben würde. Jetzt hören wir fortwährend, es sei zugegeben worden. — Angekl. Frankenthal: Der Wirtmarz kommt daher, daß zwei Kisten Wellingrothe zusammengegeben wurden. — Es empfiehlt sich dann eine lange Erörterung darüber, ob es zulässig sei, als Tatgewicht auf dem Werftgewicht nicht nur die reine Tara des Waggonen zu vernemen, sondern auch die Tara plus kleiner vorübergehender Quanten. — Erster Staatsanwalt: Wenn man das machen kann, wie man will, dann ist ja die automatische Waage nur eine Schreimacherei. Hat der Angeklagte Heinrich von loben automatische Schreiberei gemerkt? — Angekl. Heinrich: Das kann wohl vorkommen, es ist nicht verboten.

Auf Gerichtsbegehren wurde heute der Angeklagte Kiehl aus der Saal entlassen.

Nach der Pause stellen die Verteidiger fest, daß in Willemsen einmal 8000 Kilo vergütet wurden, weil auf der Kieler Werft falsch gemessen worden war. Angeklagter Frankenthal: Die Kieler Werft stellte sich auf den Standpunkt: Uns kümmert das Bahngewicht überhaupt nicht. Der Sachverständige Rehnert bekundet, daß er beim Hornwägen auf die Werft nur noch sehr hoch gehen mußte. Der Vorsitzende hält dann dem Angeklagten Frankenthal die Abrechnung über die in der Submission erworbenen Sachen vor. Der Angeklagte Frankenthal erklärt die Abrechnung als eine temporäre und behauptet dann weiter, daß die Anklage bei den zur Besprechung stehenden Zahlen unter allen Umständen unrichtig habe, muß er den Beweis erbringen werden. Auf die Frage des Ersten Staatsanwalts, warum diese Beweisanträge nicht früher gestellt worden seien, erklärt Justizrat Wallach: In diesem Augenblicke stellt unser Aktent nicht neue Beweisanträge, sondern er bekämpft nur die

Anklage als unrichtig.

Erster Staatsanwalt: Wir geben zu, daß in diesen Zahlen die Anklage nicht schließlich gegreift ist. — Es folgt die Besprechung einer Submission vom Frühjahr 1907, bei der 51 000 Kilo Eisenstäbe und 96 000 Kilo Eisenplatte im Werte von 368 000 Mark veruntrent worden sein sollen. Das Geschäft hat der Angeklagte Siegfried Jacobsohn gemacht. Angeklagter Frankenthal: Auch hier hat die Anklage übersehen, daß Ketten von russischen Schiffen dabei waren, die gar nicht von der Kaiserlichen Werft, sondern von Germaniawerk gekauft worden sind. Auch hier gibt die Anklage kein richtiges Bild.

Darauf wurden die weiteren Verhandlungen auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt, da der Angeklagte Frankenthal erklärte, daß er nicht mehr inländisch sei, den Verhandlungen zu folgen.

Schwurgericht.

In der gestrigen (zweiten) Schwurgerichtssitzung fungierten als Geschworene: Rechnungsrat Robert Busch hier, Buchhalter Wilhelm Lohse hier, Kaufmann Siegfried Krentel hier, Eisenbahnrechnungswesen Otto Heßwig hier, Rittergutsbesitzer Gustav Sumbert in Demmenborst, Oberamtmann Paul Kläber in Demmenborst, Fabrikbesitzer Max Lange in Willemsen, Hofrat Friedrich Kier hier, Oberlehrer August Winter in Oberdörslingen, Polizeibeauftragter und Gemeindevorsteher Ernst Büsch in Klostermansfeld, Baudirektor Robert Köhler in Järsig, Buchhändler Georg Kiehlmann hier.

Den Vorstoß führte wieder Landgerichtsrat Redan. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Schüke. Verteidiger waren die Rechtsanwältinnen Dittenberger und Schiller. Zur Verhandlung kamen zwei Strafzinsen. Die erste betraf

Körperverletzung mit Codersdorf.

Angeklagt war der 20jährige, wegen Diebstahls vorbestrafter Dienstmisset Hermann Ramrad aus Frezoda. Er hatte am Abend des 15. Juli, eines Sonntags, den Landarbeiter Paul Rejmann von ebenda mit einem Dolch erschossen.

Der Anstoß zu der furchtbaren Tat war, wie leider so häufig in derartigen Fällen, ein recht geringfügiger. Ramrad hatte an dem betreffenden Abend ein Gafstau aufgeschraubt und es nach 9 Uhr wieder verlassen. Betrunken war er nach keiner Angabe nicht. Auf der Dorfstraße begegnete er drei Gemeindef

